

DAS THEMA

Auf Anweisung

Die Aussage schlug ein, wie eine Bombe. Am 16. Dezember 2013 sagte der V-Mann-Führer des ehemaligen Nazi-Spitzels Kai-Uwe Trinkaus vor dem Thüringer Untersuchungsausschuss „V-Leute gegen Abgeordnete“ aus, dass er im Mai 2007 auf ausdrückliche Anweisung seines Vorgesetzten, dem damaligen Vizepräsidenten des „Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz“ (TLFV), Gerd Lang, eine brisante Information seines V-Mannes aus der NPD nicht zu den Akten nahm.

Nach einem Aufmarsch von rund 1.000 Neonazis am 1. Mai 2007 in Erfurt war im Bahnhof ein Fotograf der „Thüringischen Landeszeitung“ tödlich angegriffen, zu Boden geworfen und seiner Kamera beraubt worden. Noch am gleichen Abend informierte der Spitzel, der auch vor Ort gewesen war, telefonisch seinen V-Mann-Führer und nannte den Namen des Neonazis, bei dem die teure Kamera angeblich zu finden sei: Dominik W., ein stadtbekannter Aktivist der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“.

Das berichtete der Geheimdienstler pflichtbewusst am nächsten Tag seinem Chef. Doch der erteilte ihm die Anweisung, den Vorgang nicht zu notieren und keine weiteren Nachforschungen anzustellen. Wenig später liefert der V-Mann dann auch noch eine CD mit den Fotos aus der geraubten Kamera an das Amt und informierte, dass der Neonazi W. die gestohlene Kamera bei eBay zum Verkauf anbiete.

Später wurden zwei Neonazis wegen des Angriffs auf den Journalisten verurteilt, der Raub der Kamera blieb bis

Der Thüringer Geheimdienst wusste offenbar von Neonazi-Straftaten - und tat nichts

heute ungeklärt. Ob die Tat aufgrund des jahrelangen Schweigens des Geheimdienstes nun wegen Verjährung straffrei bleibt, ist noch unklar.

Illegale Parteispenden?

Schon zuvor waren in dem Ausschuss brisante Informationen ans Licht gekommen. In den Akten des Thüringer Geheimdienstes fanden sich Hinweise des damaligen Kreisvorsitzenden der NPD Erfurt-Sömmerda, Kai-Uwe Trinkaus, auf mögliche anonyme Spenden an die Neonazi-Partei im Jahr 2007: „Der NPD-KV EF/SÖM hat potentielle Spender gewonnen, von denen auch 4-stellige Beträge mit und ohne Spendenquittung getätigt werden.“ Bis zum Wahljahr 2009 könne eine Summe von 25.000 Euro allein für den Kreisverband zusammenkommen. Trotz Nachfrage bei einem späteren Treffen zwischen dem Spitzel und seinem V-Mann-Führer gab Trinkaus keine Namen preis, da SpenderInnen „auf die Verschwiegenheit der Quelle vertrauen“. Das TLFV beließ es offenbar dabei und verfolgte die Spur möglicher illegaler Spenden nicht weiter.

DIE LINKE im Thüringer Landtag hat die NPD nun wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz angezeigt und den für die Kontrolle von Spenden an Parteien zuständigen Bundestag eingeschaltet.

Auch weitere mögliche Straftaten waren dem Amt durch die sprudelnde Quelle Trinkaus bekannt. So informierte er im Oktober 2006 über einen für 2007 geplanten Überfall auf das „Besetzte Haus“ in Erfurt durch bis zu 100

Neonazi-Hooligans aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Das Amt notierte: „Das besetzte Haus soll exemplarisch zerstört werden. Zur Not wolle man die Bude abfackeln; es habe dort ja schon öfter gebrannt.“

Trinkaus berichtete, dass schwer Verletzte in dem bewohnten Haus durch die Angreifer in Kauf genommen würden. Trainiert wurde für den Angriff im Neonazi-Sportverein „SV Vorwärts Erfurt e.V.“. In einer städtischen Halle übten NPD-Mitglieder und rechte Hooligans gemeinsam mit dem V-Mann Trinkaus Kampfsport. Dem Geheimdienst hatte der Spitzel frühzeitig davon berichtet. Auch ein offenkundiger Insolvenzbetrug und organisierte Betrügereien mit Sozialleistungen wurden zwar säuberlich in den Akten des TLFV vermerkt, blieben aber folgenlos. Offenbar schaute das Amt zu, wie wichtige Akteure der Erfurter Neonazi-Szene gewalttätige Angriffe planten und sich mit illegalen Mitteln die Taschen füllten. Für seine Informationen, die er zwischen Mai 2006 und September 2007 lieferte, bekam Trinkaus hohe Honorare vom Amt.

Konsequenzen?

Seit einem Jahr arbeitet der Untersuchungsausschuss „V-Leute gegen Abgeordnete“. Eingesetzt, um zu klären, ob das TLFV wusste, dass ihr V-Mann in den Jahren 2006 bis 2008 Abgeordnete, Fraktionen, Parteien und Vereine unterwanderte und mit perfiden Mit-

teln öffentlich diskreditierte. Unter den Augen der Behörden baute der Neonazi Trinkaus Vereine auf, störte Veranstaltungen und schuf in der Stadt gemeinsam mit rechten Hooligans ein Klima der Angst.

Die Abgeordneten der Partei DIE LINKE Susanne Hennig, Frank Kuschel und Knut Korschewsky wurden ebenso Opfer von Trinkaus' Strategie der Diskreditierung und Unterwanderung, wie Birgit Pelke (SPD) und Egon Primas (CDU). Doch als Trinkaus gemeinsam mit weiteren Neonazis die Erfurter Sektion des „Bundes der Vertriebenen“ unterwanderte, um Geld abzuschöpfen, griffen Innenministerium und Geheimdienst durch. Umgehend wurde der Chef der „Vertriebenen“, der CDU-Landtagsabgeordnete Egon Primas, persönlich vom Geheimdienst-Chef Thomas Sippel gewarnt.

Die Grünen, Jusos, Linkspartei, den Erfurter Stadtsportbund oder die Gewerkschaft ver.di, die alle auf unterschiedliche Art Opfer der Attacken von Trinkaus wurden, ließ das Amt dagegen ins offene Messer laufen. Sie erhielten nie eine Information über seine Subversionsstrategien.

Im Sommer 2014 wird der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses erwartet. Er wird Erschreckendes dokumentieren und wieder einmal deutlich machen, dass der Geheimdienst unkontrollierbar ist und der Neonazi-Szene – gewollt oder ungewollt – als Aufbau-Helfer dient.

Paul Wellsov

Kameraleute und Fotografen dürfen nur vor Beginn der Untersuchungsausschusssitzung Aufnahmen machen.

Hier am 6. Januar vor der Vernehmung von Kai-Uwe Trinkaus im Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags „V-Leute gegen Abgeordnete“.

Foto: St. Wogawa



des Landesamtes. Und Aufträge hat ein Kai-Uwe Trinkaus nach eigener Darstellung natürlich nicht erledigt – er habe nur „Gespräche geführt“, die ihm vorkamen wie „Kaffeeklatsch-Runden, bei denen man sich ausgetauscht hat“. Das Amt wiederum habe ihn als schwierig eingeschätzt, sagt ein Geheimdienstler aus.

Zur Bilanz seiner Zusammenarbeit mit dem Landesamt verweist Trinkaus ausdrücklich auf den Zuwachs an „Lebenserfahrung“ durch derartige Kaffeeklatsch-Runden. Das kann freilich nicht der einzige Zuwachs gewesen sein. Er soll etwa 15.000 Euro für seine diversen Dienste vom „Verfassungsschutz“ erhalten haben, einschließlich einer „Abschaltprämie“. An die Summe

erinnert er sich heute nicht mehr. Ob er das Geld als Einkommen deklariert habe, da er sich in jener Zeit in der Wohlverhaltensphase eines Insolvenzverfahrens befand, wird Trinkaus gefragt.

Der macht von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch. Das darf er – wenn er sich durch die Beantwortung der Frage der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. Sein Zeugnis verweigert bei diesem Fragenkomplex übrigens auch der befragte Mitarbeiter des „Verfassungsschutzes“.

Stefan Wogawa

Selbsternannter Spitzel mit Niveau

Sein Ziel bei den diversen Aktivitäten sei gewesen, „vernünftig wahrgenommen zu werden“, so berichtet der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende in Erfurt und V-Mann des Inlandsgeheimdienstes „Landesamt für Verfassungsschutz“, Kai-Uwe Trinkaus, am 6. Januar dem Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags.

Dieser Ausschuss ist eigens dazu eingesetzt worden, das Treiben von Trinkaus in der Grauzone von Neonazi-Partei und Geheimdienst aufzuarbeiten. Sein einschlägiges Wirken hat es in sich: versuchte Unterwanderung und Ausspähung von demokratischen Parteien und des Thüringer Landtags sowie von Vereinen, Diskreditieren von Abgeordneten.

Und der wohl eher unfreiwillig seine Motive erhellende Hinweis zieht sich durch die gesamte Vernehmung: Trinkaus möchte wahrgenommen werden. Katharina König, Abgeordnete der Linksfraktion, muss ihn immer wieder nachdrücklich daran erinnern, dass er nur im Ausschuss sei, um Fragen zu beantworten.

Zum „Verfassungsschutz“ kommt Trinkaus als „Selbstanbieter“, wie Geheimdienste diejenigen nennen, die von sich aus Kontakt suchen. Auch dem „Bundesamt für Verfassungsschutz“ und dem Hamburger Landesamt habe er sich später angeboten, gibt er zu. Ein Mitarbeiter des Thüringer Amtes sagt vorher aus, es seien neben dem Bundesamt sogar zwei weitere Landesämter gewesen, die Trinkaus kontaktiert habe.

Zu seinen Motiven für den Anruf beim Geheimdienst verweist er auf „Neugier, persönliche Gründe und politische Naivität“. Letztere nimmt ihm kein Mensch ab, mit dem Begriff kokettiert Trinkaus ohnehin nur. Auch auf Nachfragen will er aber die persönlichen Gründe nicht näher erläutern, denn dabei gehe es um Familienangehörige. Als Abgeordnete weiter fragen, reagiert Trinkaus gereizt.

Dabei fühlt der sich noch heute als einstiger Spitzel mit Niveau. Natürlich sei er anders als die Hauptschüler, die der „Verfassungsschutz“ sonst anwerbe, betont er. Er erinnert sich an „immer recht lange und angenehme Stunden“ mit dem zuständigen Mitarbeiter